

Pazifismus bedeutet nicht, sich einer Aggression und einem Angriff schutzlos auszuliefern.

UN-Charta

Artikel 51.

Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung beeinträchtigt das Naturrecht individueller oder kollektiver Selbstverteidigung, wenn ein Angriff mit Waffengewalt gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt, bis der Sicherheitsrat die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat. Von den Mitgliedern in Ausübung dieses Rechts der Selbstverteidigung ergriffene Maßnahmen sind dem Sicherheitsrat sofort zu melden und beeinträchtigen in keiner Weise die in der vorliegenden Satzung vorgesehene Befugnis und Verpflichtung des Sicherheitsrates, zu jeder Zeit die ihm erforderlich scheinenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu ergreifen.

<https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000276&Artikel=51&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht=>

In der Diskussion über eine Unterstützung der Ukraine in ihrem Verteidigungsbemühungen, wird immer wieder betont, dass Gewalt nie eine Lösung sein könnte, auch eine Verteidigung mit Gewalt. Ist es aber nicht verheerend, wenn ein unmenschlicher Diktator wie Putin dadurch in seinem Handeln bestätigt würde? Die Aussichtlosigkeit für die Menschen in der Ukraine liegt auch in einer Zukunft unter der Diktatur Putins mit Vertreibungen, Unterdrückung und Auslöschung von allem, was eine eigenständige Ukraine ausmacht. Die Ukraine wehrt sich gegen einen Krieg, der ihr aufgezwungen wurde.

War der Krieg der Alliierten gegen NS-Deutschland die falsche Reaktion? Das ist meines Erachtens der historische Hintergrund, auf dem dieser Krieg diskutiert werden sollte. Das vermisste ich im folgenden Artikel.

Natürlich muss mit Putin verhandelt werden. Dies geschieht auch sicherlich. Wir wissen nicht, ob Putin oder seine Umgebung für rationale Argumente zugänglich sind. Wird er zum äußersten Mittel greifen? Wir wissen es nicht. Aber wir müssen davon ausgehen.

Ein neues München muss aber verhindert werden. 1938 wurde die Tschechoslowakei verkauft, um einen Krieg zu verhindern, dies darf nicht mehr geschehen. Damals war das Abkommen das Sprungbrett Hitlers zu seinem „Welteroberungskrieg“. Nicht nur deshalb muss die Ukraine maßgeblich an einem Abkommen beteiligt sein, wenn der russische Angriffskrieg beendet werden soll. Der Größenwahn Putins kann nur mit einer starken Ukraine gestoppt werden. Auf solche Verhandlungen muss die Diplomatie hinarbeiten, es muss verhindert werden, dass Russland den Krieg gewinnt und die Ukraine diesen verliert.

Im folgenden Artikel sind meine Kommentare rot geschrieben

Krieg ist die falsche Reaktion auf Krieg

SZ 20.1.2023

Das **Grundgesetz enthält ein Friedensgebot** - das darf die deutsche Ukraine-Politik nicht vergessen.

Gastkommentar von Wolfram Wette

Wolfram Wette, Jahrgang 1940, ist Historiker und gehört zu den Begründern der kritischen Militärgeschichte in Deutschland.

Der Beginn des **russischen Aggressionskrieges** gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 (**Es ist ein Angriffskrieg und er begann mit der Einverleibung der Krim und anderer Gebiete im Jahr 2014**) löste in Deutschland einen elementaren Schock aus. Wohl die meisten Menschen im Lande waren komplett überrascht und entsetzt. Sie glaubten, die traditionsreiche Friedensparole "Nie wieder Krieg!" sei längst europäische Realität geworden. Gerade die jüngeren Deutschen kannten "Krieg" allenfalls aus den Erzählungen ihrer Groß- oder Urgroßeltern.
Geboren wurde die Parole "**Nie wieder Krieg!**" nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland. Wahrscheinlich kreierte ihn der kleine "Friedensbund der Kriegsteilnehmer" im Jahre 1919. Er wollte, wie schon der Name sagt, diejenigen Deutschen sammeln, die aus dem Ersten Weltkrieg als **Pazifisten** heimgekehrt waren und die mit dem **preußisch-deutschen Militarismus** endgültig brechen wollten. Später wurde die Losung "Nie wieder Krieg!" von allen pazifistischen Organisationen übernommen, die sich 1921 im "Deutschen Friedenskartell" zusammenschlossen. Von 1919 bis 1926 fanden in Deutschland Massendemonstrationen gegen den Krieg statt, zu denen zeitweise auch die Gewerkschaften und die Parteien der Weimarer Koalition aufriefen, also SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei. Zu den Prominenten unter den Teilnehmern gehörten der Atomphysiker Albert **Einstein** und der bekannte Journalist Carl von **Ossietzky**. Diese machtvollen Antikriegsdemonstrationen konnten den Eindruck erwecken, das Land habe mit seinen militaristischen Traditionen gebrochen.

Die politische Rechte fühlte sich provoziert und in ihren tiefsten Überzeugungen angegriffen. Sie pflegte eine heroische Erinnerung an den Krieg von 1914 bis 1918, verdrängte die militärische Niederlage Deutschlands, protestierte gegen den Versailler "Diktatfrieden" und die demokratischen Politiker. Im Untergrund bereiteten Reichswehr und starke nationalistische Verbände die Wiederaufnahme einer kriegerischen Aggressionspolitik vor. Sie organisierten die gewaltsame Wiederherstellung einer deutschen Großmachtposition, nicht erst seit 1933, sondern schon Jahre zuvor. Unter

Hitler wurden Aktivisten der "Nie wieder Krieg!"-Bewegung dann verfolgt, in "Schutzhaft" genommen und in Konzentrationslager verschleppt.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 erlebte die Parole "Nie wieder Krieg!" eine Renaissance. Diesmal, so schien es, war die große Mehrheit der Deutschen zu einer grundlegenden Umkehr bereit. Der Anstoß kam gleichwohl von den Gegnern des Nationalsozialismus. Im befreiten Konzentrationslager Buchenwald formulierten die politischen Häftlinge: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Daraus wurden später die schlagkräftigeren Parolen: "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!"

In den zehn Jahren ohne Armee (1945 bis 1955) rangen sich auch konservative Wortführer zur Distanzierung vom Militarismus durch. Womöglich gab es in den ersten Nachkriegsjahren eine Mehrheit der Deutschen, die bereit war, ihr Denken und Handeln an der Devise "Nie wieder Krieg!" auszurichten. Das Grundgesetz von 1949 war mit seinem Friedensgebot in der Präambel und mehreren Artikeln eine neue Grundorientierung für alles staatliche und gesellschaftliche Handeln in unserem Land.

Aber schon in den frühen 1950er-Jahren brachen die alten Konfliktlinien wieder auf. Die Konservativen folgten der von Kanzler Konrad Adenauer vorgegebenen Linie der Wiederbewaffnung und Westintegration. Die Opposition stellte sich gegen die "Remilitarisierung" und skandierte erneut die Parole "Nie wieder Krieg!". Sie fand damit großen Zuspruch in der westdeutschen Gesellschaft, was dazu führte, dass die Regierung ihre Politik gegen den Willen dieser Mehrheit durchsetzen musste. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich unter der stets präsenten Drohung eines möglichen Nuklearkrieges schrittweise eine Friedenskultur, die insbesondere in einem kriegsgegnerischen Mentalitätswandel zum Ausdruck kam. Im politischen Verbund der Europäischen Union wurde eine Friedensstruktur aufgebaut. Diese Entwicklungen trugen dazu bei, dass mehrere Generationen ein Leben ohne Krieg führen konnten. Frieden auf dem Kontinent - verstanden als Abwesenheit von Krieg - hielten sie für selbstverständlich.

Deutschlands Beteiligung an einem Angriffskrieg

Veränderungen kündigten sich ausgerechnet nach dem Ende des Kalten Krieges und der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten 1989/90 an. Jetzt wurden die Deutschen von ihrer Regierung sowie von der militärischen Führung der Bundeswehr mit dem camouflierenden Propaganda-Schlagwort "Neue Normalität" überschwemmt. Gemeint waren damit der Abschied von einer Außenpolitik der Zurückhaltung und die Gewöhnung an weltweite Militäreinsätze der Bundeswehr. Man wollte agieren können wie die Sieger von

1945, nämlich als eine staatliche Macht, die sich souverän des Krieges als Mittel der Politik bedienen konnte. Vier Fünftel der Bevölkerung jedoch blieben bei ihrer Ablehnung der "Out of area"-Politik.

Ausgerechnet die rot-grüne Regierung Schröder/Fischer schickte dann 1999 die Bundeswehr in den ersten Krieg seit ihrem Bestehen, in den sogenannten Kosovo-Krieg gegen Rest-Jugoslawien. Bundesaußenminister Joschka Fischer sagte im Deutschen Bundestag, er habe nicht nur "Nie wieder Krieg!" gelernt, sondern auch "Nie wieder Auschwitz!" Mit dieser falschen Analogie versuchte er den Krieg gegen eine vermeintlich (sie war es tatsächlich) völkermörderische Regierung Serbiens zu legitimieren. Die Luftwaffe trug mit ihren Waffensystemen und Kampfpiloten zu den Tausenden von Luftangriffen der Nato-Verbündeten auf die Volksrepublik Jugoslawien bei, obwohl Deutschland dazu nicht durch ein Mandat der Vereinten Nationen legitimiert war. Deutschland beteiligte sich an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.

(Hier der Eintrag zum Massaker von Srebrenica auf Wikipedia. Auf dieses Verbrechen bezog sich Fischer: Das **Massaker von Srebrenica**, auch bekannt als **Völkermord von Srebrenica** (bosnisch *Genocid u Srebrenici*), war ein Kriegsverbrechen während des Bosnienkriegs (1992 bis 1995). UN-Gerichte klassifizierten es gemäß der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes als Genozid.^[1] Das Massaker zog sich über mehrere Tage hin – im Kern vom 11. bis zum 19. Juli 1995^[2] – und verteilte sich auf eine Vielzahl von Tatorten in der Nähe von Srebrenica. Mehr als 8000 Bosniaken^[3] – fast ausschließlich Männer und Jungen zwischen 13 und 78 Jahren – wurden ermordet.^[4] Das jüngste Opfer war ein Mädchen im Säuglingsalter.^[5] Das Verbrechen wurde unter der Führung von Ratko Mladić von der Armee der Republika Srpska (*Vojска Републике Српске*, VRS), der Polizei und serbischen Paramilitärs verübt. Die Täter vergruben anschließend tausende Leichen in Massengräbern. Mehrfache Umbettungen in den darauf folgenden Wochen sollten die Taten verschleiern. Die Rolle der niederländischen Blauhelm-Soldaten und die ihres Kommandanten Thom Karremans, die nicht entschieden einschritten, um die Morde zu verhindern, ist bis heute umstritten.

Das Massaker gilt als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.^[6] Bereits abgeschlossene Prozesse vor internationalen Gerichten zeigten, dass die Verbrechen nicht spontan erfolgten, sondern systematisch geplant und durchgeführt wurden. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (UN-Kriegsverbrechertribunal, kurz: ICTY) in Den Haag bezeichnete das Massaker in den Urteilen gegen Ratko Mladić, Radislav Krstić,^[7] Vidoje Blagojević, Dragan Jokić,^[8] Ljubiša Beara, Vujadin Popović und weitere Personen als Völkermord. Ende Februar 2007 bewertete der Internationale Gerichtshof die Massenerschießungen des Massakers ebenfalls als Völkermord.^{[9][10]} Aufgrund eines Vetos von Russland, das sich traditionell als Schutzmacht der Serben versteht, scheiterte im Juli 2015 eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die die Geschehnisse als Völkermord bezeichnete. (https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Srebrenica)

Es steht außer Frage, dass der Einsatz der Nato die Situation im Kosovo verschärfe und dann ein für die Kosovaren erträglicher Zustand erreicht wurde. Ob mit dem Kriegsverbrecher Milosevic eine gute Vereinbarung für das Kosovo ohne Krieg möglich gewesen wäre, weiß ich nicht.

Ein Schwur der Deutschen, kein Schwur der Siegermächte

Für die prinzipiell kriegsgegnerisch eingestellten Teile der deutschen Bevölkerung stellte dies eine existentielle Enttäuschung dar. Sie löste tiefe Depressionen und Orientierungslosigkeit aus. Das war die mentale Lage der Deutschen auch noch zur Zeit des Angriffs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar. Sie erklärt den Schock, der in Deutschland besonders ausgeprägt gewesen zu sein scheint. Jetzt wurde hierzulande auch die Frage gestellt, wer 1919 und 1945 eigentlich der Adressat der Forderung "Nie wieder Krieg!" gewesen war. Vielleicht glaubte man damals - und später - in Deutschland, mit dem Untergang des preußisch-deutschen Militarismus 1945 sei die Gefahr einer kriegerischen Aggression vom europäischen Kontinent verschwunden. Übersehen wurde, dass die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges keinen vergleichbaren Schwur abgelegt hatten. Sie hielten den kriegerischen Konflikttausch weiterhin für eine normale Angelegenheit.

Putins Krieg brachte uns die ungebrochene Tradition der kriegerischen Politik nicht nur Russlands, sondern auch der anderen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ins Bewusstsein zurück. In dieser Lage ist es entscheidend, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes auf das Friedensgebot des Grundgesetzes besinnen und ihr Handeln konsequent danach ausrichten. In der aktuellen Situation bedeutet das: volles Engagement für eine schleunige diplomatische Beendigung des Ukraine-Krieges.

Mein Kommentar zum obigen Artikel

Die historischen Zusammenhänge und die Entwicklung der Antikriegsbewegung seit dem 1. Weltkrieg sind sehr interessant. Es frappiert mich aber, dass in der Rückschau die Kriegseintritte der USA in den 1. Und 2. Weltkrieg keine Rolle spielen. NS-Deutschland erklärte zwar den USA nach Pearl Harbour den Krieg, aber die USA hatten schon länger die Alliierten unterstützt. Ich nehme an, dass dieses Verhalten die Zustimmung des Autors erhält. Dies ist eher vergleichbar mit der heutigen Situation in der Ukraine.

Es ist m. E. etwas völlig anderes, ein Land in seinem Verteidigungskampf gegen einen eindeutigen Aggressor zu unterstützen, als aktiv in einen Konflikt einzugreifen und diesen womöglich zu eskalieren. Im Kosovo gab es kein UN-Mandat, in der Ukraine heute wird nicht aktiv eingegriffen. Wir befähigen die Ukraine sich zu verteidigen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass das fragwürdige Verhalten der Nato durch das Verhalten der Serben im Bosnienkrieg – Srebrenica! - zu rechtfertigen ist. Natürlich frage ich mich, ob die zivilen politischen Möglichkeiten damals ausgeschöpft waren.

*Mich wundert immer wieder, dass in dieser Diskussion die getöteten Soldat*innen, junge Menschen, und die zu Tode drangsalierte Zivilbevölkerung keine Rolle spielen.*

Nie wieder Völkermord, nie wieder kriegsverbrecherische Angriffskriege.

Nie wieder Krieg, das wünsche ich mir auch. Deshalb aber Putins Angriffskrieg zulassen und die Ukraine einer unmenschlichen Diktatur unterwerfen, das zeigt solchen Diktatoren, dass sie immer weiter Krieg führen können.

Pazifismus heißt nicht, sich oder andere wehrlos auszuliefern. Pazifismus heißt, die Verteidiger zu unterstützen.

Ich möchte nochmals betonen: Die Analogie von der Beteiligung an einem imperialistischen Verteilungskrieg (1. Weltkrieg) und der Unterstützung der Ukraine in einem existenziellen Verteidigungskrieg ist nicht statthaft.

Die Unterstützer der Ukraine und die Ukraine führen keinen Angriffskrieg, sondern dies tut Russland mit der Prämisse die Ukraine zu zerstören und möglichst sich einzuverleiben.

Wer verhandelt nicht? Gibt es keine beschleunigten Bemühungen? Woher weiß dies der Autor?

Es geht ihm ähnlich, wie den Verfasserinnen eines „[Manifest für den Frieden](#)“, die eine sofortige Einstellung der Waffenlieferungen und sofortige Verhandlungen fordern. Diese sind in einem primitiven antagonistischen Denken befangen, das an das Austarieren von gegensätzlichen Interessen wie im Kalten Krieg erinnert. Die neue Dimension des russischen Angriffskrieges erkennen sie.

Ich zitiere aus einem Artikel „Kalte Kriegerinnen“ von Nils Markwardt:

Und an diesem Punkt wird dann auch das zweite große Problem des *Manifests für Frieden* deutlich. Die Unterzeichnerinnen scheinen den Krieg in der Ukraine auf der Folie des Kalten Kriegs zu betrachten. Demnach gäbe es hier Konfliktparteien, die geopolitische Interessen verfolgen, die zwar diametral gegensätzlich sein mögen, aber durch Kompromisse austariert werden können. Doch wie der Politikwissenschaftler [Ivan Krastev bemerkt hat](#), ist diese Annahme falsch. Vielmehr haben wir es hier mit einem "Krieg um Identität" zu tun. Denn im Kern, so Krastev, geht es Putin darum, dass die Ukraine Russland so sehen soll, wie Russland sich selbst sieht: als Herrscher über das kleine Brudervolk, als Führungsmacht gegen den satanisch-dekadenten Westen.

Doch wenn man es im Fall des Ukraine-Kriegs nicht "nur" mit einem Interessenkonflikt zu tun hat, sondern Putin von einer derartigen Identitätspanik befallen ist, dass der Kreml sogar massenweise [ukrainische Kinder zur "Russifizierung" zwangsdeportieren lässt](#), verändert sich auch der Möglichkeitsraum potenzieller Verhandlungen. Das heißt keineswegs, dass letztere damit überflüssig würden. Es stellt sich aber die – keineswegs rhetorische – Frage, worüber man mit jemandem verhandeln will, der im engeren Sinn keine Interessen, sondern eine Art identitätspolitische Mission hat. Dies bewusst unbeantwortet zu lassen und sich gleichzeitig in die rhetorische Pose von Lebensretterinnen ukrainischer Soldaten wie Zivilbevölkerung zu werfen, darin liegt der ganz eigene Zynismus vom *Manifest für*

Frieden. Wohlwollend formuliert. (<https://www.zeit.de/kultur/2023-02/sarah-wagenknecht-alice-schwarzer-ukraine-waffenlieferungen>)

Es ist also völlig irrig in diesem Krieg zu fordern, dass die Ukraine nicht mehr mit Waffen unterstützt werden soll, um einen Frieden zu erreichen, der eine Unterwerfung unter eine hemmungslose Russifizierungspolitik bedeuten würde. Der Vergleich, nicht die Gleichsetzung, mit der Situation der Tschechoslowaken 1938 scheint mir geboten. Putin ist kein Kalter Krieger, sondern ein von seiner russischen Identität und seinen imperialistischen Vorstellungen getriebener Gewaltherrscher.